

Für eine Friedensordnung statt einer atomaren Katastrophe

Bernhard Trautvetter Quelle: Ossietzky 4/ 2019

Für Juni 2019 hat die ein des INF-Vertrages zum Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa angekündigt. Russland erklärte in Reaktion darauf, dass es sich dann auch nicht mehr an den Vertrag gebunden sieht und weiter nuklear aufrüsten wird. Die Nato verweist zur Rechtfertigung ihres Schrittes auf Russlands neue Marschflugkörper vor allem in der Region Kaliningrad. Die Nato spricht in diesem Zusammenhang erneut von 'Nachrüstung'. Mit diesem Propagandabegriff ist sie in den 1980er Jahren auf die berechtigte Kritik der Friedensbewegung gestoßen, sie begründe ihre gefährliche Hochrüstung mit einer Lüge. (1) Entsprechend erhielt Kanzler Schmidt auf dem SPD-Sonderparteitag nur vier Stimmen für seine sogenannte 'Nachrüstung'. (2)

Die Nato macht sich die unbewiesene Behauptung von D.Trump zu eigen, Russland breche mit Marschflugkörpern der Bezeichnung 9M729 (Nato-Code: SSC-8) den Vertrag und deshalb können die USA ihn verlassen. Hier wälzen die US-Regierung und die Nato die Verantwortung für die Zerstörung eines Eckpfeilers der Sicherheitsarchitektur Europas und der Welt auf den ausgemachten Gegner/Feind Russland ab. Die USA und die Nato begründen ihre Vorwürfe gegen Russland mit der Behauptung, die Reichweite der SSC 8 liege innerhalb des vom Vertrag verbotenen Spektrums von 500 bis 5500 km. (3)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schrieb zum Ultimatum an Russland: "In europäischen Militärkreisen wird ... vermutet, dass auch die Vereinigten Staaten kein großes Interesse an einem Erhalt des Vertrags haben. Er verpflichtet nämlich nur Russland und sie selbst zum Verzicht auf die atomaren Mittelstreckenwaffen. Andere aufstrebende Militärmächte wie China können sie weiter entwickeln. Ziel der Vereinigten Staaten könnte es deswegen sein, das INF-Abkommen durch einen neuen multilateralen Vertrag zu ersetzen. Alternativ könnten sie zur Abschreckung von Gegnern selbst neue landgestützte Mittelstreckensysteme bauen." [4.12.2018]

Eine fatale Destabilisierung der vertraglichen Grundlagen in den Beziehungen der Staaten und Völker findet so nach dem Ausstieg der USA aus dem Klimaschutzabkommen von Paris und nach der ebenfalls nicht stichhaltig begründeten Aufkündigung des Iran-Atom-Abkommens einen erneuten Höhepunkt.

Den Anlass für die angedrohte Aufkündigung des INF-Vertrages stellt eine "von der Nato vermutete Missachtung der Regeln des Vertrags"[FAZ, 4.12. 2018] dar. (4) Die USA und die Nato bauen demnach ihre Begründung für das im Raum stehende und für den Weltfrieden hoch brisante Aus des INF-Vertrages auf unbewiesenen Vermutungen auf. Die immer ausgefeiltere und immer weitere Atomrüstung und die wachsenden internationalen Spannungen sind Grund dafür, dass die kritischen Nuklearwissenschaftler in ihrem Bulletin die Uhr zur Warnung vor dem Atomkrieg auf zwei vor Mitternacht vorgestellt haben.

Die unbewiesene Behauptung der USA und der Nato gegen Russland in dieser Angelegenheit erinnert an den von der Nato am 12.12.1979 gefassten Beschluss der sogenannten 'Nachrüstung', der von ihr auch 'Nato-Doppelbeschluss' genannt wurde: Damals tat die Nato so, als sei sie durch sowjetische SS 20-Mittelstreckenraketen in Europa ins Hintertreffen geraten. Die Nato bot der Sowjetunion damals an, über die Abrüstung ihrer SS 20 zu verhandeln; andernfalls würden die USA Mittelstreckenraketen

vom Typ Pershing II und Cruise Missile in Westeuropa stationieren.

Diese Systeme waren für den damals in der Nato kommunizierten Plan, den Gegner mit einem Enthauptungsschlag auszuschalten, ausgerichtet. Die Täuschung, die schon der Begriff 'Nachrüstung' beinhaltet, ergab sich daraus, dass die Nato in ihren Gegenüberstellungen der Potentiale des 'Westens' und des 'Ostens' in Europa die atomaren Mittelstreckenpotentialen ihrer europäischen Mitglieds-Staaten Großbritannien und Frankreich verschwieg. Ergänzend musste man noch die Nuklearraketen auf U-Booten der US-Mittelmeer-Flotte mit in der Aufmerksamkeit haben. Schon früh, nämlich 1952 hatte das Nachrichtenmagazin >Der Spiegel< diese als "Russen-Schreck" gekennzeichnet. [10/1952] (5)

Mit der 'Nachrüstungs'-Täuschung wälzte die Nato die Verantwortung für die Steigerung der Kriegsgefahr auf die Sowjetunion ab. Der zweite Propaganda-Trick der Nato bestand darin, dass sie von ihrer Täuschung wusste, und so klar war, dass die Sowjetunion sich auf ihre Forderung nie einlassen würde. Die Nato hatte sich allerdings komplett vertan: Es entstand eine Friedensbewegung, da schnell offensichtlich wurde, dass die Pershing II und die Marschflugkörper des Typs Cruise Missile einen Atomkrieg aus Versehen wahrscheinlicher machten: Die kurzen Flugzeiten dieser Mittelstreckenraketen und ihre Fähigkeit, Nuklear-Silos des ausgemachten Gegners auszuschalten, würden im Falle eines Fehlalarms auf den Kontrollbildschirmen der russischen Flugabwehr eine Zwickmühle nach sich ziehen: Sie hätten dann keine Zeit mehr, zu überprüfen, ob es ein Fehlalarm ist, da die eigenen Potentiale in Gefahr sind. Ehe eine solche Überprüfung Klarheit hätte bringen können, sähen sich Militärs in den Schaltzentralen gezwungen, den Atomkrieg auszulösen, ehe sie Opfer des Enthauptungsschlages des Gegners werden würden, was eine Frage von Minuten war. [siehe als Hintergrundmaterial:

https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2015/11/1418_67_Anonym.pdf

Die Gefahren des Endes der Zivilisation machte die Friedensbewegung groß. Die Friedensbewegung und Perestroika zählen zur Vorgeschichte des INF-Vertrages.

Zu den aktuellen Inhalten der Vorwürfe der USA und der Nato gegen Russland äußern sich westliche Friedensforscher und das auch im Westen als renommiert angesehene schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI wie folgt:

Der Abrüstungsexperte der Anti-Atom-Bewegung ICAN Sascha Hach zeigte sich im t-online-Interview nicht davon überzeugt, dass die russischen Marschflugkörper tatsächlich auf die von den Amerikanern genannte Reichweite getestet wurden. "Die russische Regierung hat dies stets dementiert und mit Verweis auf schwer bewaffnete amerikanische Drohnen und die in Rumänien stationierte NATO-Raketenabwehr den USA selbst Vertragsbruch vorgeworfen." [https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_84655116/aus-fuer-inf-atomwaffenvertrag-erstes-opfer-einer-eskalation-waere-europa-.html] SIPRI erklärt, dass die von der Nato als defensiv bezeichneten Abwehrsysteme der USA in Rumänien und Polen nach Expertenmeinung leicht für offensive Zwecke umrüstbar sind. [<https://www.sipri.org/commentary/topical-background/2018/russian-and-us-policies-inf-treaty-endanger-arms-control>]

Wenn das Vorgehen der Nato gegen Russland offensichtlich nicht auf den Gründen fußt, die die Nato dafür vorgibt, stellt sich die Frage nach den wirklichen Motiven.

Kräfte in der Nato stellen das Militärbündnis systematische auf einen großen Krieg in Europa ein. Die Jahrestagungen des >Joint Air Power Competence Centre, JAPCC< sind dafür ein Indikator. Dort tagen knapp 300 Führungskräfte aus Militär, Politik, Militärforschung und Rüstungsindustrie bis hin zum militärstrategisch verantwortlichen Oberbefehlshaber der Nato für Operationen (SACEUR). Das Vorbereitungsmanuskript der 2014er-JAPCC-Jahrestagung >Future Vector< wies die Aussage auf, es sei anzuzweifeln, ob es keinen großen Krieg ('major war') mehr in Europa geben wird. [Part I, S.141] Schon alleine die Idee, einen Krieg auch im dichtest besiedelten und hochindustrialisierten Erdteil Europa mit seinen circa 200 Atomreaktoren für möglich zu erklären, muss alle Alarmglocken klingeln lassen. Das erwähnte >Future Vector<-Manuskript benennt auf der gleichen Seite die Gebiete, an denen die Nato erwartet, dass der Krieg entbrennen könnte: Das Baltikum, die Ukraine und Georgien, das sind alles Gebiete, in denen die Nato unweit der Westgrenze Russlands tätig ist.

Die Nato-Ost-Expansion erweist sich hier als ein Faktor der Gefährdung des Friedens; sie stellt zudem einen Bruch von Absprachen dar, die die Vereinigung der beiden deutschen Staaten möglich gemacht hatten. Der damalige US-Außenminister James Baker versprach M. Gorbatschow – laut eigenem Protokoll –, die „Jurisdiktion“ der NATO würde „sich nicht ostwärts verschieben“, und er unterstrich, die NATO werde sich „nicht einen Inch nach Osten ausdehnen.“ [<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67871653.html>, Spiegel, 23.11.2009]

In der JAPCC-Tagung 2017 berieten die Militärs in der Messe Essen eine Strategie, die sie als Reaktion auf die Ereignisse auf der Krim kommunizieren. [https://www.japcc.org/wp-content/uploads/JAPCC_Conf_2017_Proceedings_screen.pdf, S.24] Das Referendum auf der Krim und ihre Abspaltung verstießen gegen die ukrainische Verfassung. Diese Prozesse stellen allerdings nicht die ersten und einzigen Rechtsbrüche dar, als die die Nato sie hinstellt: Die Monate zuvor erfolgte Abwahl des Präsidenten Janukowitsch und die darauf hin erfolgte Installierung der pro-Nato-Regierung Yatsenyuk verstieß bereits gegen die Verfassung, da dabei das Verfassungsquorum von 75 % verfehlt wurde, wozu der LINKE-Abgeordnete Gregor Gysi am 13. März 2014 im Bundestag ausführte: "Interessant ist, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen, ein solcher Volksentscheid sei nach der ukrainischen Verfassung verboten. Wann gilt sie denn nun und wann nicht? Bei der Abwahl des Präsidenten gilt sie nicht, und bei der Abstimmung auf der Krim soll sie plötzlich gelten. Sie müssen schon wissen: Akzeptieren Sie die ukrainische Verfassung ganz oder nur in bestimmten Teilen, wenn es Ihnen genehm ist?"

Auf der Basis einer Russland unterstellten Aggressivität ['ambition', https://www.japcc.org/wp-content/uploads/JAPCC_Conf_2017_Proceedings_screen.pdf, S. 13] formulierte die JAPCC- Tagung 2017, die unter dem Thema 'Abschreckung' eingeladen worden war, eine konventionelle Abschreckung sei teuer ['costly', ebenda] . Daraufhin folgt im Manuskript der Vorschlag, die Schwelle zum Nuklearkrieg abzusenken und eine Renaissance atomarer Mittelstrecken-Kräfte in Erwägung zu ziehen ['re-establishment of intermediate-range nuclear forces could be considered.', ebenda]. Das war ein Jahr vor D. Trump's Ankündigung, aus dem INF-Vertrag auszusteigen.

Nach einem mit diesen Potentialen geführten Krieg wäre Europa unbewohnbar. Es ist die Aufgabe der Friedensbewegung, dies zu verhindern. Der Weg dahin führt über

Vorschriften aus dem Vertrag zur endgültigen Regelung der deutschen Frage, der zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland führte. Dort heißt es in der Präambel: "EINGEDENK der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, IN ANERKENNUNG, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben, ENTSCHLOSSEN, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen, ÜBERZEUGT von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln, IN BEKRÄFTIGUNG ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,..." wird Deutschland ein Faktor des Friedens in Europa und der Welt. Eine zukunftsverträgliche Politik wird nur auf dieser Grundlage zu schaffen sein.

(1) <https://www.azonline.de/Welt/Politik/3604569-Dialog-mit-Moskau-Nato-Staaten-droht-Debatte-ueber-atomare-Nachruistung>

(2) <https://www.willy-brandt-biografie.de/t/1983-1992/>

(3) <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nato-ministertreffen-usa-setzen-russland-inf-ultimatum-a-1241974.html>

(4) <https://www.faz.net/aktuell/nato-wirft-russland-erstmal-bruch-von-inf-vertrag-vor-15925047.html>

(5) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21317970.html>